

Erklärung der G7 zur globalen Ernährungssicherheit

Elmau, 28. Juni 2022

Wir, die Staats- und Regierungschefs der G7, werden keine Mühe scheuen, um weltweit die Sicherheit der Versorgung mit Lebensmitteln und Nährstoffen zu erhöhen und die am stärksten gefährdeten Menschen zu schützen, welche die Ernährungskrise am schwersten zu treffen droht.

I. Die Herausforderung

Mit großer Besorgnis nehmen wir Kenntnis davon, dass Angaben der Globalen Krisenreaktionsgruppe für Ernährung, Energie und Finanzen der Vereinten Nationen (UN GCRD) zufolge 2022 weltweit bis zu 323 Millionen Menschen akut von Ernährungsunsicherheit betroffen oder in starkem Maße bedroht sein werden, womit ein neuer Höchstwert erreicht ist. Diese existenzielle Herausforderung wird durch zahlreiche miteinander verwobene Krisen verursacht, darunter Konflikte, die COVID-19-Pandemie, der Verlust der Artenvielfalt, der Klimawandel und die fortwährende Unsicherheit der gesamten Weltwirtschaft. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, einschließlich Russlands Blockade der Exportrouten für ukrainisches Getreide, verschärft die Hungerkrise dramatisch; er hat Störungen der landwirtschaftlichen Produktion, der entsprechenden Lieferketten und des Agrarhandels ausgelöst, die die weltweiten Preise für Nahrungs- und Düngemittel in beispiellose Höhen getrieben haben, wofür Russland in erheblichem Maße verantwortlich ist. In unserem Bestreben sicherzustellen, dass alle Menschen ihr Recht auf angemessene Ernährung wahrnehmen können, bekräftigen wir unser Ziel, bis 2030 500 Millionen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu befreien, wie in der Zusage des G7-Gipfels von Elmau 2015 zugesichert.

II. Unsere Antwort: Das Bündnis für globale Ernährungssicherheit

Wir sind überzeugt, dass diese multidimensionale Krise nur durch gemeinsame globale Anstrengungen gelöst werden kann. Aus diesem Grund und zur nachdrücklichen Unterstützung der UN GCRD schaffen wir zusammen mit der Weltbank das Globale Bündnis für Ernährungssicherheit als abgestimmte und solidarische Antwort auf die vor uns liegenden Herausforderungen. Wir werden eng mit internationalen Partnern jenseits der G7 zusammenarbeiten, mit dem Ziel, politische Zusagen in konkrete Maßnahmen umzuwandeln, wie von verschiedenen Initiativen, etwa der „Team Europa“-Reaktion auf

die globale Ernährungsunsicherheit und der Mission für die Resilienz im Nahrungsmittel- und Agrarsektor (Food and Agriculture Resilience Mission, FARM) der EU, dem Handlungsauftrag des Fahrplans für globale Ernährungssicherheit (Roadmap for Global Food Security – Call to Action) und zentralen regionalen Outreach-Initiativen, auch in Bezug auf afrikanische Länder und mit dem Mittelmeer-Ministerdialog zur Ernährungssicherheitskrise, sowie von der Ministerkonferenz „Uniting for Global Food Security“ geplant. Wir fordern unsere Partner einschließlich des Privatsektors auf, sich unseren Anstrengungen zur Erhöhung der Solidarität mit den am stärksten gefährdeten Menschen anzuschließen.

III. Unsere Maßnahmen

Im Rahmen unseres Bekenntnisses zum Bündnis für globale Ernährungssicherheit

- 1. sagen wir weitere 4,5 Milliarden US-Dollar zu**, um die am stärksten gefährdeten Menschen vor Hunger und Mangelernährung zu schützen, womit sich unsere gemeinsamen Zusagen für die weltweite Ernährungssicherheit in diesem Jahr auf insgesamt über 14 Milliarden US-Dollar belaufen.
- 2. Wir bekräftigen unseren dringenden Aufruf an Russland**, seine Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen, die Zerstörung von zentraler Hafen- und Verkehrsinfrastruktur, Getreidesilos und -terminals, die unrechtmäßige Inbesitznahme landwirtschaftlicher Produkte und landwirtschaftlicher Ausrüstung in der Ukraine und alle anderen Aktivitäten, die die Produktion und den Export von Nahrungsmitteln durch die Ukraine weiter behindern, ohne Vorbedingungen zu beenden. All dies kann nur als geopolitisch motivierter Angriff auf die globale Ernährungssicherheit gewertet werden. Wir werden uns mit Blick auf die nächste Erntesaison verstärkt darum bemühen, die Ukraine dabei zu unterstützen, weiterhin landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen, und verpflichten uns, die ukrainischen Landwirtinnen und Landwirte darin zu unterstützen, Zugang zu wesentlichen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Tierarzneimitteln zu erhalten. Wir unterstützen die Ukraine nachdrücklich bei der Wiederaufnahme ihrer landwirtschaftlichen Exporte auf die Weltmärkte ebenso wie die Anstrengungen der Vereinten Nationen, einen sicheren Seekorridor durch das Schwarze Meer zu öffnen. Darüber hinaus werden wir unsere Bemühungen zur Einrichtung alternativer Routen auf der Grundlage der bereits umgesetzten EU-Initiative „Solidaritätskorridore“ verstärken. Gemeinsam mit einschlägigen Organisationen und Partnern werden wir daran arbeiten, die Herkunft von Getreideimporten festzustellen, mit dem Ziel, unrechtmäßig beschlagnahmte ukrainische Erzeugnisse zu identifizieren und Russland davon abzuhalten, seine illegalen Beschlagnahmungen fortzusetzen. Wir rufen Russland ferner auf, seine Maßnahmen aufzuheben, durch die der Export von russischem Getreide und russischen Düngemitteln beeinträchtigt wird.

3. **Wir werden auch weiterhin gewährleisten, dass unsere Sanktionspakete nicht auf Nahrungsmittel abzielen und dass sie den freien Verkehr von landwirtschaftlichen Produkten, auch aus Russland, sowie die Bereitstellung humanitärer Hilfe zulassen.**
4. **Wir verpflichten uns, die Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Produkte nachhaltig zu erhöhen**, auch indem insbesondere in den am stärksten betroffenen Ländern die landwirtschaftliche Produktivität gestärkt wird, um dort Resilienz aufzubauen und die innerstaatliche Produktion zu unterstützen. Wir werden uns bemühen, Düngemittellengpässe anzugehen, indem wir einen effizienteren und gezielteren Einsatz unterstützen, die lokale und globale Produktion vorübergehend nach Bedarf erhöhen und Alternativen zu chemischen Düngemitteln fördern. Zur kurzfristigen Entlastung fordern wir Partner mit großen Nahrungsmittelvorräten sowie den Privatsektor auf, Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, ohne die Märkte zu verzerren, auch durch Unterstützung der Einkaufspolitik des Welternährungsprogramms. Wir rufen alle Länder auf, eine übermäßige Lagerhaltung von Nahrungsmitteln zu vermeiden, die zu weiteren Preisanstiegen führen kann. Wir werden weiterhin die Themen Nahrungsmittelverluste und -verschwendung sowie die Förderung einer ausgewogenen und gesunden Ernährung angehen. Wir unterstützen die vom Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Abstimmung mit der Afrikanischen Union (AU) durchgeführte Initiative zur Erstellung eines strategischen Investitionsplans, um die Entwicklung von Wertschöpfungsketten zu beschleunigen, die für Afrikas Nahrungsmittelresilienz entscheidend sind.
5. **Wir stehen zu unserer Verpflichtung, unsere Nahrungsmittel- und Agrarmärkte offenzuhalten**, und fordern alle Partner auf, ungerechtfertigte restriktive Handelsmaßnahmen zu vermeiden, die die Marktvolatilität und dadurch die Gefahr von Ernährungsunsicherheit erhöhen. Wir begrüßen die Ministererklärung zur Notfallreaktion auf die Ernährungsunsicherheit, die auf der 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) angenommen wurde, und unterstützen uneingeschränkt die dort getroffene Entscheidung, vom Welternährungsprogramm (WFP) für nichtkommerzielle humanitäre Zwecke angekaufte Lebensmittel von Exportverboten und -beschränkungen auszunehmen. Wir verpflichten uns, unsere Unterstützung für das Agrarmarkt-Informationssystem der G20 (AMIS) zu verstärken, auch durch die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel sowie aktueller Daten und transparenter Informationen, und rufen alle AMIS-Mitglieder auf, dies ebenfalls zu tun. Wir ermutigen AMIS, auch die Märkte für landwirtschaftliche Betriebsmittel genauer zu überwachen. Wir werden jegliche spekulative Verhaltensweise bekämpfen, die die Ernährungssicherheit oder den Zugang besonders gefährdeter Länder oder Bevölkerungsgruppen zu nährstoffreichen Lebensmitteln bedroht.
6. **Wir werden sicherstellen, dass unsere Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen auch langfristig die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Agrar- und**

Ernährungssystemen stärkt, und zwar im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung, dem Übereinkommen von Paris, dem Klimapakt von Glasgow, dem Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt, auch indem wir unsere Unterstützung für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erhöhen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die unverzichtbare Arbeit aller einschlägigen multilateralen Organisationen, einschließlich des Welternährungsprogramms (WFP), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), die ihren Sitz in Rom haben, sowie des Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS), der WTO und internationaler Finanzinstitutionen. Wir begrüßen die von der Weltbankgruppe angekündigten geplanten Maßnahmen zur Bewältigung der globalen Ernährungskrise ebenso wie den Aktionsplan internationaler Finanzinstitutionen zur Bewältigung von Ernährungsunsicherheit (International Financial Institution Action Plan to Address Food Insecurity). Wir verpflichten uns dazu, uns weiterhin aktiv mit den Zielen des Gipfels der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen auseinanderzusetzen und diese zu fördern, und ermutigen alle Partner, die Zero Hunger Coalition zu unterstützen oder ihr beizutreten. Aufbauend auf dem Jahr der Ernährung der AU unterstützen wir die von den Ländern und Regionen getragenen Pläne und Lösungen zum Umgang mit der Ernährungsunsicherheit. Wir bekennen uns ferner zur Ausweitung wesentlicher Ernährungsdienstleistungen in Ländern, die am stärksten von Mangelernährung betroffen sind.

- 7. Wir laden alle Partner ein** - darunter Regierungen, internationale Organisationen, globale und regionale Initiativen, Forschungseinrichtungen, die Zivilgesellschaft, den Privatsektor und private Förderer - sich unseren Bemühungen um die Gewährleistung der weltweiten Ernährungssicherheit anzuschließen und **das Bündnis für globale Ernährungssicherheit zu unterstützen**.